

GRAPHISCHE

PRESSSE

Nr. 28 / 44. Jg.

10. Juli 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluss: Montag. Fernruf: B 2, Lätzw 5563. Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkeuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Unser Verband, unsere Kraft!

I.

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft rütteln an deren Gefüge, ein Kampf von gigantischem Ausmaße spielt sich in allen Industrieländern der Welt ab. Im Brennpunkt dieses Ringens eines veralteten, sich als unfähig erwiesenen Systems mit den neuen sich mehr und mehr durchsetzenden Kräften einer neuen Wirtschaftsform stehen die Gewerkschaften. Wenn es je eines Beweises bedurft hätte, welche Kraft den Gewerkschaften inne wohnt, so würde gerade in der jetzigen Krise dieser Beweis erbracht. Keine Krise verflüssener Jahrzehnte, kein Krieg und keine Inflation hat den Bestand der Gewerkschaften in Frage stellen können. Aus jeder noch so schweren Depression sind die deutschen freien Gewerkschaften immer noch stark genug hervorgegangen, ein Beweis für den Glauben an den Erfolg unserer Idee! Nur eine Bewegung, die getragen ist von einem reinen Idealismus, von einem zielklaren Streben, eine solche Bewegung kann sich dem Wechsel des wirtschaftlichen Geschehens gewachsen zeigen und unbeirrt an ihrer großen geschichtlichen Aufgabe arbeiten. Darin liegt unsere Stärke getreu des Ausspruches von Karl Marx: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“. Es bleibt eine Aufgabe für später, von diesen Gedankengängen ausgehend, die Bedeutung der Gewerkschaften in der Krise zu schildern. Dieses Fragengebiet soll uns auf die Probleme hinüberleiten, welche innerhalb unserer Organisation einer Lösung harren und die unter dem hier angegebenen Gesichtswinkel betrachtet werden müssen.

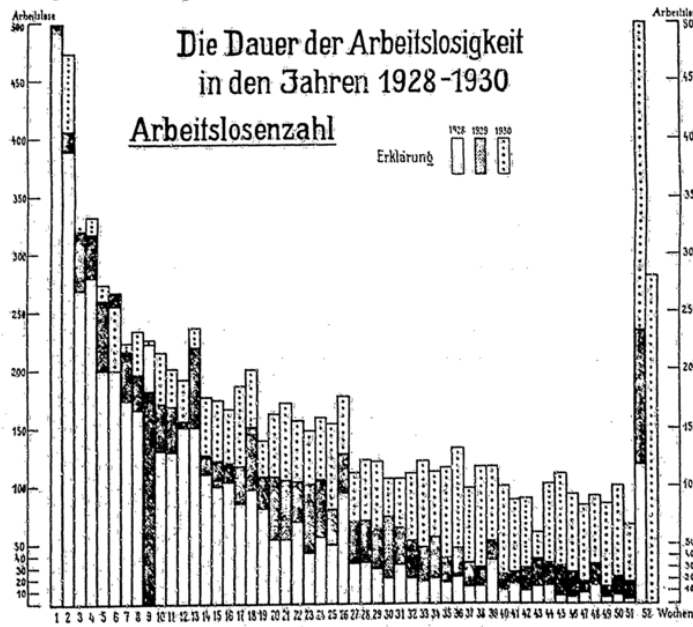
Mit steigendem Wachstum der Gewerkschaften erhöht sich nicht nur ihr Aufgabenkreis, sondern auch ihre Verflechtung mit dem gesamten Wirtschaftsleben. Daraus folgt, daß die Gewerkschaften das Auf und Nieder des Wirtschaftsablaufes merkbar zu spüren bekommen. Ein Barometer dieses Ringens unseres Verbandes mit der Umwelt sind die Anträge, welche Verbandsvorstand und Verbandsbeirat dem Verbandstag in Erfurt unterbreiten. Sie sind geboren aus der Erfahrung der hinter uns liegenden Zeit, und sie sollen Stufen werden, die den Weg nach höheren Zielen erleichtern. Neben diesem Streben verkörpert sich in diesen Anträgen als wichtigstes unsere Sorge für die Hilfe jener Opfer eines Systems, das uns dieser Solidarität wegen der Vernichtung überantworten will.

II.

Jeder Kollege, der kritisch genug dem Verbandsleben des letzten Jahres gefolgt ist, hat erkennen müssen, daß die Bestimmungen unseres Statutes in Unterstützungsangelegenheiten in der jetzigen Zeit keine Rechtfertigung mehr finden können. Diese Beschlüsse, die zu einer Zeit gefaßt wurden, wo die aufsteigende Linie der Konjunktur den Gedanken, daß eine Krise ungeheuerlichsten Ausmaßes über die Welt hereinbrechen würde, in den Hintergrund treten ließ, diese Beschlüsse müssen einer Revidierung unterzogen werden, sollen die Unterstützungs-

einrichtungen unseres Verbandes weiterhin zum Wohle der Kollegenschaft ihre Wirkung ausüben. Ein Blick in unsere Arbeitslosenstatistik läßt erkennen, in welcher gewaltigen Weise die Unterstützungsansprüche an den Verband gestiegen sind. Die Zahl jener Kollegen, welche im Jahre 1928 arbeitslos gewesen sind, hat sich bis zum Jahre 1930 mehr als verdoppelt, denn im verflüssenen Jahre sind 44 Proz. der Gesamtkollegen-schaft durch mehr oder weniger lange Arbeitslosigkeit heimgesucht worden. Die hier veröffentlichte graphische Darstellung zeigt den starken Umfang, in dem die Arbeitslosenzahl in den drei Jahren gestiegen ist. Sie zeigt vor allem aber auch weiter, daß die längere Arbeitslosigkeit eine größere Steigerung zu verzeichnen hat als die Arbeitslosigkeit von kürzerer Dauer. Aus dieser Beobachtung, die wir durch unsere Statistik machen können, muß man folgern, daß eine wesentlich höhere Belastung der Hauptkasse eintreten mußte. Wenn wir uns dann die Summen vergegenwärtigen, welche in dieser Zeit für die Arbeitslosenunterstützung verausgabt worden sind, so sind wir absolut nicht überrascht, sondern finden leider eine Bestätigung unserer Annahme. Nehmen wir vergleichsweise die große Krise im Jahre 1926 und sehen wir uns ihre Wirkung auf unsere Kassenverhältnisse an. Einem Beitragsausfall von 500 000 Mk. steht eine gleich große Unterstützungsausgabe gegenüber, so daß wir dieser Krise mit einem Vermögensverlust von 1 Million Mk. Rechnung tragen mußten. Um wieviel schwer lastet die jetzige Wirtschaftsdepression auf unserer Kasse. Die Jahresdurchschnittszahl der Arbeitslosen war im Jahre 1927 5,3 Proz. Diese Zahl wurde als eine Normalziffer in Anschlag gebracht und den Berechnungen auf dem Verbandstag in Jena zugrunde gelegt. Es ist offenkundig, wenn Verhältnisse eintreten, die in schreiendem Mißverhältnis zu dieser angenommenen Grundlage stehen, daß dann Einnahmen und Ausgaben in keinem Verhältnis zueinander stehen. Wie groß der Unterschied zwischen unserer da-

maligen Annahme und der jetzigen Wirklichkeit ist, zeigt eine Gegenüberstellung der prozentualen Arbeitslosigkeit. Von 5,3 Proz. im Jahre 1927 kommen wir im Jahre 1930 auf eine Jahresdurchschnittszahl von 18,7 Proz. Daß auch diese Zahl noch nicht den Gipfel darstellt, ermißt man, wenn wir uns unsere letzte monatliche Statistik ansehen und dort eine Prozentziffer von 26,7 vorfinden. Die Arbeitslosenunterstützung ist in einer Höhe ausgezahlt worden, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellt. Man vergegenwärtige sich auf einer Seite die Verringerung der Einnahmen durch den ausfallenden Beitrag und andererseits die ungeheuer großen Ausgaben, die in keiner Weise mit dem Beitrag in Einklang zu bringen sind. Welche Beträge für diesen Unterstützungs-zweig auszuführen waren, kann man am besten an der Gesamtarbeitslosigkeit der einzelnen Jahre feststellen. 1928 verzeichneten wir in allen Sparten eine Gesamtarbeitslosigkeit von 57 600 Wochen. Diese Zahl steigt 1929 auf 97 500 und erreicht im Jahre 1930 den unglaublichen Stand von 203 500. Daraus ist ohne weiteres zu ersehen, daß der Kreis jener Kollegen, welche die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen mußten, unverhältnismäßig groß geworden ist. Es müssen selbstverständlich bei jeder Versicherung die Einnahmen mit den Ausgaben in Relation gebracht werden. Dazu kommt, daß die Ausgesteuertenunterstützung in den drei Quartalen des Jahres 1930 die Summe, die dafür vorgesehen war, bei weitem überholt hat. Diese großzügige Hilfsaktion zugunsten der Ärmsten unserer Kollegenschaft wird der Hauptkasse, wenn die endgültigen Abrechnungen vorliegen, einen Verlust von einer halben Million Mark bringen. Trotz dieser riesenhaften Ansprüche, welche diese Unterstützungseinrichtung an die Hauptkasse stellt, soll im allgemeinen hier eine Einschränkung nicht Platz greifen. Wohl ist eine Herabsetzung der Unterstützungen von 18 auf 12 Mark beantragt. Diese Verminderung der Unterstützungssätze wird jedoch der Kasse in keiner Weise einen Vorteil bringen, denn die Dauer der Arbeitslosigkeit läßt leider den Schluß zu, daß der Unterstützungsanspruch der Kollegenschaft bis zum letzten ausge-nutzt werden muß. Die verlängerte Bezugsdauer soll als Ausgleich für die Verringerung der Unterstützung gelten. Die geringe Vergünstigung, die trotzdem bei den Endsummen für die Hauptkasse erzielt wird, ist ein sehr magerer Ausgleich für die erhöhte Inanspruchnahme verbandlicher Geldmittel, welche die Lohnabbauaktion den Verband kostet. Die Betrachtung dieses einen Zweiges unserer Unterstützungseinrichtung, die anderen bringen dasselbe Bild, läßt hier schon erkennen, daß die Verbandskörperschaften keine Möglichkeit sehen, den Anteil der Mitgliedschaften vom Beitrag, welcher auf dem letzten Verbandstag auf 20 Pf. festgesetzt wurde, zu erhöhen. Diese Feststellung soll hier gemacht werden im Hinblick auf die Veröffentlichungen einer Zuschrift an anderer Stelle dieser Nummer.



Der russische Fünfjahresplan

Wenn irgendein Ereignis von wirtschaftlicher Bedeutung vielseitiges Interesse erregt hat, so ist es der Fünfjahresplan der Sowjetunion. Ein Umgestaltungsplan dieser Art, von diesen revolutionär-volkswirtschaftlichen Ausmaßen, ist wohl in den Umwälzungsperioden anderer Länder kaum zu verzeichnen. Ob er gelingen wird, ob seine Durchführung nicht an unüberwindlichen, vorher nicht in Rechnung gestellten Schwierigkeiten scheitern wird, ist eine Frage der Zeit.

Zuerst, was ist der Fünfjahresplan und was bezweckt derselbe?

Er zerfällt in drei Teile: Die Planwirtschaft, die Industrialisierung und den Aufbau der Wirtschaft.

Der Plan in seinem Ganzen verkörpert den wirtschaftlichen Wiederaufbau und Weltaufbau Rußlands nach dem Kriege und der Revolution.

Der erste Teil, der Plan oder die Planwirtschaft, bezweckt die systematische Einteilung des Wirtschaftsaufbaues des russischen Staatswesens.

Der zweite Teil, die Industrialisierung, ist der hauptsächlichste und die ganze Wirtschaft auf gründlichste umgestaltende Punkt des Fünfjahresplanes. Man will die Industrie, d. h. die industrielle Produktion so vergrößern, daß sie mindestens das Dreifache des heutigen Standes erreicht. Dies in einem Zeitraum von 5 Jahren. Ein Staat mit Industrieproduktion ist im Besitze einer größeren Summe geistiger und materieller Kulturwerte, als ein Staat mit größtenteils Agrarwirtschaft, und ein Rußland mit Industrieproduktion könnte wenigstens einigermaßen mit den übrigen Ländern, in diesem Falle mit den westeuropäischen, konkurrieren, weil es einen Teil seines Bedarfs an Industriefabrikaten anzufertigen selbst in der Lage ist und nicht unbedingt auf die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse angewiesen ist.

Rußland ist ein Agrarstaat im weitesten Sinne des Wortes. Ziemlich neun Zehntel seiner Bevölkerung stehen in der Landwirtschaft, und nur wenig über ein Zehntel sind Industriearbeiter in anderen, kaufmännischen, akademischen oder freien Berufen tätig.

Wie aber zu diesem großangelegten Projekt die Kosten aufbringen? Man hat zu wenig Kapital, um die groß aufzubauenden Betriebe, die aus der Erde gestampft werden sollen, zu finanzieren, es ist auch zu schwer, Auslandskredite mit langfristiger Wirkung hereinzubekommen, man will auch selbst nicht viel Kapital aufnehmen und das Land nicht überschulden, sondern möglichst aus eigener Kraft die Sache meistern, und das in einem Zeitraum von 5 Jahren.

Kurzfristige, auf 2 Jahre laufende Kredite, wären wohl zu haben, aber für anzulegende Industriebetriebe, in einer solchen Größe und Ausdehnung beabsichtigt, sind, um die Auswirkungen der Prosperität des Unternehmens aufzuweisen zu können, doch mindestens 8 bis 10 Jahre erforderlich. Gigantisches Projekt. Ob ausführbar, hängt von glücklichen Umständen ab. Unmöglich erscheint beinahe diese Aufgabe. Um sie zu lösen, bleibt nur der Weg des Sparens, des ausgeklügelten, messerscharfen Sparens, des Sparens an der Arbeitskraft, dem Volkseinkommen.

Nach zuverlässigen Schätzungen beträgt das Einkommen des russischen Volkes im Jahr 25 Milliarden Rubel, das sind, der Rubel zu 2 Mk., 50 Milliarden Mk., bei einer Bevölkerungsziffer von 160 Millionen. Das Einkommen des deutschen Volkes beträgt 85 Milliarden Mark bei einer Bevölkerung von 65 Millionen. Das bedeutet, daß in Rußland das Volkseinkommen nur ungefähr den vierten Teil ausmacht auf den Kopf der Bevölkerung, wie in Deutschland. Wohl gemerkt, den Rubel zu 2 Mk. gerechnet, in Wirklichkeit hat er wohl bloß den 4. Teil dieses Wertes. Daß bei diesem Volkseinkommen resp. Volkswohlstand, noch an diesem gespart werden soll, ist fast nicht denkbar, und doch ist es der einzige Weg, der beschritten werden kann, wenn der Staat aus eigener Kraft, ohne Zuhilfenahme fremder Kapitalien, das Projekt bewältigen will. Das heißt also, aus der arbeitenden Bevölkerung so viel heraus zu pressen, wie eben herausgepreßt werden kann — ein raffiniertes Sparen.

Der Staat kann sparen an den Bedarfsgütern, die der arbeitende Mensch zum Lebensunterhalt braucht. Der Staat hat alles in seiner Hand, er hat das Verfügungsrecht über alle Konsumgüter, also gewissermaßen die monopolistische Verwaltung über alle zum Lebensstandard nötigen Waren und Bedarfsgüter. Diese Artikel rechnet er zu einem Preise an, der weit über dem wirklichen Werte liegt, also vielleicht 2-, 3- bis 4mal so hoch wie dieser ist.

Der Staat wird also dem Bauer sein Getreide und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einem bedeutend niedrigeren, als dem durchschnittlichen Preise abkaufen, vielleicht zum fünften Teil des Wertes, den der letztere zum Aufkäufer bekommen würde. Er wird ihm aber umgekehrt Artikel, die er zu seinem landwirtschaftlichen Betriebe benötigt, als Maschinen, Geräte, Werkzeuge usw. zu einem enorm hohen, ein vielfaches des Wertes betragendem Preise ver-

kaufen. Daß unter solchen Verhältnissen der Bauer keine Lust hat, eine größere Fläche zu bebauen, seinen Betrieb für eine größere Aufnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu rationalisieren und so für die Volksernährung in den Städten zu sorgen, kann ihm niemand verdenken. Er ist ja nur das Arbeitstier, der fröndende Sklave einer diktatorischen Minderheit; deshalb wird er eben nur das anbauen, was er für sich und seiner Familie Unterhalt unbedingt braucht. In den Städten werden die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel den Arbeitern zu Preisen verkauft, die bedeutend über dem normalen Preisniveau liegen. Der Arbeiter deckt seinen täglichen Bedarf in dem unter staatlicher Regie stehenden Konsum ein. Hier sind aber vielfach die Lebensmittel und Gebrauchsartikel so knapp — von der Minderwertigkeit der Waren noch abgesehen — daß er oft mit leeren Händen wieder weggehen muß. Die Frauen stehen schon im Mitternacht, bis zum frühen Morgen vor den Geschäften, bis geöffnet wird. Dann wickelt sich der Verkauf der Reihe nach ab. Wenn aber die Waren nicht in genügender Menge vorhanden sind, so müssen diejenigen, die zuletzt gekommen sind, aber trotzdem die ganze Nacht gestanden haben, enttäuscht und verzweifelt nach Hause gehen. Sie sind nun auf den freien Markt angewiesen, wo sie ungefähr das 10fache zahlen müssen, als im Konsum. Der Durchschnittsverdienst des russischen Arbeiters ist auf etwa 78 Rubel, den Rubel zu 2 Mk. gleich 156 Mk. errechnet. Spezial- und Facharbeiter verdienen natürlich mehr, aber der Durchschnittsverdienst ist so, was ungefähr dem Durchschnittseinkommen des deutschen Arbeiters entsprechen würde.

Nachstehend folgen Preise, die der russische Arbeiter für seine Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel im Konsum und im freien Handel zahlen muß:

Mehl und Brot haben ungefähr dieselben Preise wie in Deutschland. Das Pfund Mehl kostet im Konsum 15 Kopeken = 30 Pf., im freien Handel das 6-8fache. Das Pfund Butter im Konsum 1½ Rubel = 3 Mk., weil aber hier nicht genügend vorhanden ist, muß er im freien Handel kaufen, da kostet das Pfund 24—32 Mk. Unmöglich kann er das bezahlen, aber er muß Butter essen, um Kräfte für seine Arbeit zu haben. Einen Ersatz, wie hier die Margarine, gibt es nicht in Rußland. Es gibt dann noch Öl, Olivenöl und auch anderes, das ist allerdings billig, dafür aber fast gar nicht zu haben, weder im Konsum, noch im freien Handel, also auch dieses muß er entbehren. Bleibt ihm nur noch Fleisch, das er unbedingt braucht, um einigermaßen bei Kräften zu bleiben, aber das ist so teuer, daß er es sich nicht leisten kann. Die Preise für die übrigen Gebrauchsartikel, wie Kleidung, Wäsche, Stiefeln usw. sind im Konsum viel höher als bei uns, und im freien Handel unerschwinglich. Ein Anzug, der in Deutschland vielleicht 175 Mk. kostet, kommt im Konsum auf Karte — die nicht leicht zu bekommen ist — 300 Mk., im freien Handel ungefähr das 10fache. Ebenso verhält es sich mit Damenkleidern, Toiletteartikeln usw.

Man fragt sich, wie bei diesen Lebensbedingungen ein Mensch existieren kann. Jede Ausgabe muß eben auf das peinlichste berechnet werden. Ausgaben für Extravaganzen irgendwelcher Art, Vergnügungen und dergleichen, kommen nicht in Betracht. Etwas Ausgleich für diesen enorm teuren Lebensunterhalt — wenn auch unbedeutend — ergibt sich aus der Wohnungsfrage. Der zuteilende Raum wird pro Kopf der Familie, nach Quadratmeter bemessen. Diese Zuteilung ist aber so spärlich, daß die Menschen sehr eng und gedrängt wohnen. Vielfach wohnen zwei oder mehr Familien in einer Wohnung. Es kommt sogar vor, daß zwei Familien ein Zimmer miteinander teilen müssen. Dann wird wohl der berühmte Kreisstrich in Funktion treten. Der Preis für den Quadratmeter ist mäßig, so daß in Verbindung mit dem geringen Raum die Ausgaben für Wohnung nicht zu hoch kommen, also wenigstens ein geringer Ausgleich geschaffen wird.

Gearbeitet wird bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit. Das Arbeitstempo ist das intensive, was es geben kann, hinter jedem Arbeiter steht der Antreiber; es wird auf das äußerste rationalisiert. Der Arbeiter darf nicht unter einem gewissen Quantum liefern. Es werden zwei Systeme angewandt: Das progressive Akkordsystem und das progressive Prämien-Akkordsystem. Der Arbeiter muß z. B. von einer Sorte — als Tages-Normaleistung — 50 Stück produzieren, bei einem Verdienst von 3 Rubel an, das sind 6 Kopeken im Durchschnitt pro Stück. Für die ersten 10 Stück werden aber nur 3 Kopeken pro Stück bezahlt, für die weiteren 10 Stück, progressiv gestaffelt, je 4 Kopeken, dann je 6 Kopeken, je 7,5 Kopeken und je 9 Kopeken, so daß bei dem vorgeschriebenen Pensum von 50 Stück, knapp ein Tagesverdienst von 3 Rubel erreicht wird. Die weiteren über 50 hinausgehenden 10 Stück werden mit 12 Kopeken pro Stück bezahlt. So gestaffelt steigen die Akkordpreise, entsprechend der Leistung, weiter.

Eine noch schärfere Methode stellt das progressive Prämien-Akkordsystem dar. Das Tages-

pensum des Arbeiters beträgt z. B. 100 Stück, für die bei Erreichung desselben der Lohn auf 7 Kopeken pro Stück festgesetzt ist. Bei einer Erhöhung der Leistung auf 120 Stück steigt der Akkordpreis prozentual, der Leistung entsprechend, das wäre an diesem Beispiel 20 v. H. und so fort.

Man kann hier die Auswirkungen dieses Systems beobachten und mit Recht von einer kapitalistischen Fehlrationalisierung reden. Wenn dieselbe auch angeblich im Namen des Sozialismus angewandt wird, so wird sie doch durch einen diktatorischen Terror bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Der Fünfjahresplan ist also das Produkt eines von einer gewaltsamen Diktatur ausgeklügelten Projektes, welches von einem zu Sklaven herabgedrückten Volke, ohne dessen Mitbestimmung, in die Tat umgesetzt werden soll. Um dies zu erreichen, ohne Zuhilfenahme fremder Gelder, müssen die Menschen das letzte ihrer Arbeitskraft hergeben, das letzte ihres Ichs opfern und bei der denkbar schlechtesten Ernährung bis zur Erschöpfung arbeiten. Es ist also ein Plan, der mit all seinen Nebenerscheinungen erhungert werden muß.

Ist nun nicht die Frage berechtigt, ob die künftigen Erfolge dieses Planes in einem Verhältnis stehen zu den der Bevölkerung auferlegten Opfern. Ist es dieser, in Aussicht auf eine ungewisse Verwirklichung bestehende Plan wert, daß ihm jetzt und noch weiter solche Opfer gebracht werden. Dieser in Nebel gehüllten Fata Morgana?

Vielleicht sind alle diese Opfer überflüssig. Das wirtschaftliche Massenelend wird geradezu zum Prinzip erhoben. Es wird ein Akkord- resp. Rekordsystem geschaffen, welches der ärgsten Ausbeutung gleichkommt. Viel Verdienen dient als Lockmittel, um aus dem Arbeiter auch das letzte herauszuholen. Daher hat sich das Antriebesystem in einem Grade herausgebildet, das nicht zu übertreffen ist und allen niedrigen menschlichen Trieben wie Heuchelei, Intrigen, und Denunziationen Vorschub leistet. Auf diese Weise wird auch der Arbeiter frühzeitig verbraucht und alt. Nach authentischen Berichten von dort sieht man in den Betrieben nur junge Arbeiter im Alter von 22, 25 bis 30 Jahren. Nach diesem Alter werden sie ausgemergelt, entlassen, sie gehen dann zum Arbeitsnachweis oder von Betrieb zu Betrieb anfragen, um da meistens dieselbe Abkehr zu erfahren. Eine ehemals bestehende Sozialversicherung ist abgeschafft, die gewerkschaftliche Unterstützung ist so gering, daß sie nicht viel ins Gewicht fällt; wie sie sich weiter durchschlagen, ist eine Frage des Schicksals, vielleicht kehren sie wieder zur Landwirtschaft zurück, in der sie immer noch besser aufgehoben sind, als in den Städten, wo sie nur noch als Lumpenproletariat verkümmern können.

Durch eine neue Verordnung des Zentrallexikalkomitees wird das Strafrecht gegen die Arbeiter noch besonders verschärft. Es gilt als böswillige „Desorganisation der Produktion“, wenn ein Arbeiter sein Ausscheiden aus dem Betriebe nicht rechtzeitig gemeldet und abgewartet hat, bis ein anderer an seiner Stelle eingestellt worden ist, ferner, wenn ein Arbeiter eigenmächtig sein Arbeitsverhältnis, selbst unter Einhaltung der Kündigungsfrist innerhalb der letzten 12 Monate mehr als einmal aufgelöst hat. Diese Arbeiter werden bestraft, indem man ihnen 6 Monate lang jede Arbeit in den Industriebetrieben verweigert.

Die Regierung setzt große Hoffnungen auf das Gelingen des Fünfjahresplanes. In Sowjetrußland gilt nur der Wille einer kleinen, allmächtigen Minderheit. Diese bestimmt alles. Mit diesem Machtwillen denkt sie alle ihre Befehle rücksichtslos durchführen zu können. Die Bevölkerung hat keinerlei Rechte, sie hat sich nur den diktatorischen Anweisungen und Befehlen der ersten unterzuordnen. Gewerkschaftliche Organisationen, soweit man denselben eine Bedeutung zuerkennen kann, werden nicht um ihre Meinung befragt, es hat ein jeder nur das zu befolgen, was von oben herab befohlen wird.

Was die Presse anbetrifft, so gibt es nur eine die kommunistische, jede anders gerichtete, oppositionelle Tendenz wird brutal unterdrückt. Eine Meinungsfreiheit gibt es nicht. Offene Opposition gegen das Gewaltregime wird mit Gefängnis, Deportation nach Sibirien, eventuell auch mit dem Tode bestraft. Es sind die Methoden des Zarenstaates, den man früher so scharf bekämpfte und dessen Gewalttendenzen man heute in wünschenswert schärferer Form selbst anwendet. Früher war es der weiße Terror, heute der rote Terror.

Eine Gesellschaftsorganisation mit kommunistischer Leitung, die nur die Befehle dieser kleinen Machtgruppe gelten läßt, der Masse der Bevölkerung aber jede freie Willensbestimmung nimmt, kann nicht als Ideal eines demokratischen Zukunftsstaates angesehen werden. Nur eine aus der Initiative der Bevölkerung heraus gewählte Volksvertretung ist fähig, die wirtschaftliche Struktur in diesem Sinne auszugestalten.

Deshalb ist der Sozialismus — nicht das Zerrbild des russischen Kommunismus — die einzige Lehre, welche einer Bevölkerung diese Gewähr geben kann.

Offener Brief der Mitgliedschaft Bautzen an den Erfurter Verbandstag

Im Jahre 1928 wurde auf dem Verbandstag in Jena unsere Verbandsatzung, § 42, das Kassen- und Rechnungswesen betreffend, dahin umgeändert, daß für die Zukunft zur Bestreitung aller lokalen und sonstigen Ausgaben den Mitgliedschaftsverwaltungen 20 Pf. von jedem entrichteten Vollbeitrag verbleiben sollen. Natürlich wurde diese Statutenänderung nicht ohne Protest angenommen, und wie aus dem Verbandsprotokoll ersichtlich ist, wurde hierbei auf die kleinen Mitgliedschaften hingewiesen, denen es vielleicht unmöglich ist, auf dieser Basis wirtschaften zu können. Aber nicht nur die kleinen, sondern auch mittlere und große Mitgliedschaften konnten, wie aus dem Protokoll niedergelegten „Übersicht über die lokalen Ausgaben im Jahre 1927“ zu ersehen ist, nicht mit 10 Proz. des damaligen Vollbeitrages ihre Verwaltungskosten und sonstigen Ausgaben decken. Doch all die vorgebrachten Bedenken und Einwendungen wurden nur vielfach von den Delegierten zur Kenntnis genommen, sonst aber kam es zur Annahme des Änderungsantrages, durch welchen einerseits die Mitgliedschaften, die nach Meinung einiger Mitglieder der Statutenberatungskommission „ordentlich“ gewirtschaftet haben, eine Zulage erhielten, während andererseits „tatsächlich tief beschämende Zustände“, wie sie von dem Hauptkassierer als Sachverständigen geschildert wurden, beseitigt werden sollten.

Um keinen falschen Eindruck hervorzurufen, hatte der Hauptkassierer in dieser Sache noch ausdrücklich betont, daß es sich hierbei nicht um unrechtmäßige Dinge handelt, sondern nur um eine gewisse Oberflächlichkeit und Maßlosigkeit der Funktionäre in den Orten, in denen solche Dinge wie geschilert vorgekommen sind. Sie, also die Funktionäre, hätten nicht ein bißchen Berechnungskunst und machen sich keinerlei Bedenken bei den Ausgaben, ob sie gerechtfertigt sind oder nicht. Inwieweit diese Ausführungen zutreffen, wissen wir nicht, aber soviel wird uns noch durch das Verbandstagsprotokoll gesagt, daß wir es nicht leichtdenkend veranlagten Menschen weiter ermöglichen dürfen, 17, 18, 26 bis 62 Proz. der Einnahmen für lokale Zwecke auszugeben.

Aus diesem Grunde und um für alle Fälle eine erzieherische Wirkung dort auszuüben, wo es notwendig ist, wurde der Antrag des Hauptvorstandes auf Einbehaltung der 20 Pf. pro Vollbeitrag zwecks Bestreitung der lokalen Verwaltungskosten usw. mit großer Mehrheit angenommen.

Die Mitgliedschaft Bautzen hat nun für den diesjährigen Verbandstag einen Antrag eingebracht, der dahin geht, daß zur Berechnung der lokalen Verwaltungsbeträge nicht die Vollbeiträge, sondern die Mitgliederzahl nach Abzug der Invaliden maßgebend ist und pro Mitglied und Woche 20 Pf. von der Ortsverwaltung einbehalten werden können. — Infolge der großen Erwerbslosigkeit ist es für lange Zeit nicht mehr möglich, mit bestimmten Vollbeiträgen rechnen zu können. Wir in Bautzen leiden schon seit Jahren wirtschaftlich besonders und können unmöglich mit dem bisher zugebilligten Wirtschaftsgeld auskommen. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Bautzen noch näher eingehend, sei gesagt, daß unsere Mitgliedschaft bei einem Gesamtbestand von 131 Kollegen neben 25 Invaliden gegenwärtig noch 58 erwerbslose Kollegen zählt, die in der Gesamtzahl inbegriffen sind. Rechnet man diesen Beitragsausfall von 83 Kollegen ab, so verbleiben noch 48 Wochenbeiträge, die von den zur Zeit in Kurzarbeit stehenden Kollegen noch abgeführt werden können, vorausgesetzt, daß niemand krank ist. Falls wir diese Beiträge als Vollbeiträge ansehen und pro Beitrag 20 Pf. für Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben verwenden dürfen, so stehen uns für diesen Zweck wöchentlich 9,60 RM. oder pro Vierteljahr ungefähr 134 RM. zur Verfügung. Hiervon gehen ab für Kartellbeiträge pro Vierteljahr 30 RM. Es verbleiben somit noch 94 RM. pro Quartal, mit denen in Bautzen für diese Zeitspanne alle laut § 42 des Verbandsstatutes „notwendigen lokalen und sonstigen Ausgaben, also Porto, Verwaltungskosten, Sitzungsgelder, Lohnausfalldeckung, örtliche Agitation, Informations- und Bildungszwecke und aus örtlichen Verhältnissen hervorgehendes Sonstiges“ gedeckt werden sollen.

Obwohl unsere Ortsverhältnisse besonders schlecht liegen, zweifeln wir nicht, daß es außer uns noch eine ganze Reihe von Mitgliedschaften geben wird, die mit dem statuarisch festgelegten Berechnungsgeld von 20 Pf. ebenso unmöglich auskommen und sich deshalb unserem gestellten Antrage anschließen und ebenfalls auf eine Änderung dieser Festlegung hindrängen werden.

Wenn es der Wille des kommenden Verbandstages ist, daß die Interessen des Verbandes durch die Ortsverwaltungen voll und ganz in allen Mitgliedschaften zum Wohle der Kollegenschaft gewährt werden sollen, dann müssen auch die notwendigen Mittel, die in Jena den Ortsverwaltungen beschritten wurden, in Erfurt gerechter zuerkannt und festgelegt werden.

Wirtschaftspolitik und Selbstbewußtsein

Das Merkmal, durch das sich Politik von jeder anderen Tätigkeit erkennbar abhebt, liegt nicht in seiner Wirkung, sondern in seiner Zweckabsicht, die auf das Gemeinwesen gerichtet ist. Ob eine Handlung wirtschaftlich oder politisch zu betrachten ist, hängt von dem Bewußtsein ab, in dem sie vollführt wird. Handlungen, die auf die Wirtschaftspolitik als Mitursache der gewaltigsten Umwälzungen einwirken, weil sie dem politischen Handeln die mächtigsten Antriebe gewähren, sind deshalb genau so wenig politische Handlungen, wie etwa ein Bach, eine Mühle, ein Beinbruch, ein Stück Chirurgie. Die Entdeckung von Goldfeldern kann zur Ausrrottung ganzer Völker und zur Erstehung neuer Weltreiche Anlaß bieten: die Erfindung einer Maschine kann eine tiefgreifende Veränderung der Produktionsverhältnisse, eine Umwälzung aller überkommenen politischen Vorstellungen und Ideen und schließlich auch aller staatlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse und Zustände herbeiführen. Ein Lohnkampf, eine Trustgründung und andere Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens können den entscheidenden Anstoß zu wichtigen Gesetzgebungsakten geben. Niemand wird deshalb behaupten, daß der Entdecker, der Erfinder, der Streikleiter, der Trustgründer als Politiker gehandelt habe, denn die politischen Bewegungen, zu denen ihre Tat den ersten Anstoß gab, sind von ihnen weder beabsichtigt, noch in den meisten Fällen auch nur irgendwie vorausgesehen. Auch reine Naturereignisse, wie Erdbeben, Überschwemmungen usw. können als Antriebe des politischen Handelns wirken, ohne daß deshalb irgendeinem Menschen einfallen wird, sie selber für politische Ereignisse zu erklären. Ebensovienig wie solche Naturereignisse, die ganz unbewußt und zwecklos verlaufen, sind auch solche menschliche Handlungen politische Handlungen, die ihre Absicht nicht auf das Gemeinwesen gerichtet haben.

Nun denke man aber, daß der Entdecker in der Absicht handelt, in den erforschten Gegenden die Flagge seines — Vaterlandes zu hissen, oder daß ein Streik unternommen wird, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf einen vorhandenen Mißstand zu lenken, und dessen Beseitigung durch die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung durchzusetzen. Jetzt bezweckt der Entdecker nicht bloß eine Vermehrung des geographischen Wissens, sondern eine Machterweiterung des Staates, der Streikende nicht bloß eine Einwirkung auf Unternehmer, sondern eine Beeinflussung der staatlichen Funktionen: ihre Tätigkeit ist zweckbewußt auf das Gemeinwesen gerichtet, ist Politik oder Wirtschaftspolitik. Da nun das Gemeinwesen niemals Selbstzweck sein kann, vielmehr selber nichts anderes als eine menschlichen Zwecken dienende Einrichtung sein muß, kann sich der Zweck der Wirtschaftspolitik in der Wirkung auf das Gemeinwesen nicht erschöpfen; diese will durch das Gemeinwesen wirken und schließlich, wie jede menschliche Arbeit, in der Befriedigung menschlicher Wünsche und Bedürfnisse ihre Erfüllung finden.

So kommt es, daß die Erreichung ein und desselben Endzweckes auf politischem oder auch auf unpolitischem Wege versucht werden kann. Die Hebung der Volksgesundheit, der Volksbildung, des Verkehrswezens, die Verbilligung des Wohnens und die Senkung der Lebensmittelpreise, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse oder auch umgekehrt, können von Privatpersonen oder Vereinen, Genossenschaften, Gewerkschaften, Schutzverbänden und dergleichen ohne Inanspruchnahme des Staates oder der Gemeinde angestrebt werden. Solange jene die Erfüllung ihrer Zwecke nicht durch das Gemeinwesen zu erreichen suchen, handeln sie nicht politisch. Wenn sie aber den Erlaß von Gesetzen oder den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Verkehrswegen, die Einführung von sozialpolitischen Einrichtungen durch den Staat oder die Gemeinde bewirken wollen, dann wird ihre Tätigkeit sowohl Wirtschaftspolitik als auch schlechthin Politik. Der Steuereinzahler, der für den Staat Gelder einreicht, der Ingenieur, der im Staatsauftrag eine Eisenbahn baut, der Soldat, der auf Befehl sein Gewehr abschießt, handelt nicht politisch, sondern bloß als Werkzeug eines fremden Willens, ohne jedes eigene politische Zweckbewußtsein. Der Journalist, der die Einführung oder die Aufhebung einer Steuer empfiehlt, der Abgeordnete, der den Bau einer neuen Eisenbahn durch den Staat zu erreichen sucht, um der Sache, die er für gut hält, zu dienen, handelt politisch. Die Politik greift ebenso Generale wie Törichte, Hochherzige wie Gemeine, Erfolgreiche wie gänzlich Erfolgreiche, ja, das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreichende Handlung in sich. Der Sprachgebrauch nennt Handlungen unpolitisch, die bloß verfehlte politische Handlungen sind, und sagt von schlechten Politikern, sie wären keine Politiker. Für uns ist Politik daher nicht jedes Tun und der Politiker ist uns weder ein geborener Pfiffikus, noch ein ver-

dächtiger Charakter, sondern einfach ein Mensch, der im Rahmen seiner Fähigkeit Anlagen, Kenntnisse und Überzeugungen zu bestimmten Zwecken tätig auf das Gemeinwesen und wirtschaftspolitische Leben einzuwirken versucht. Wirtschaftspolitik und Politik kann nur getrieben werden von wollenden, handelnden Menschen, die eine Vorstellung von menschlichem Gemeinwesen besitzen. Denn wer von einem Gemeinwesen nichts weiß, kann auch nicht auf dieses seine Tätigkeit richten, also keine Wirtschaftspolitik und Politik treiben. Wir erkennen jetzt, daß Politik nicht bloß Tätigkeit ist, sondern ein Vorgang im menschlichen Bewußtsein, der die Wirkung des bewußten Handelns hat und mit seiner Absicht auf das Gemeinwesen ihr den Charakter einer politischen gibt. Unbewußtes politisches Handeln ist ein Widerspruch in sich selbst, wie ein Dreieck mit 4 Seiten oder eine eckige Kugel. Daraus folgt zweierlei: 1. daß Politik technisch desto vollkommener sein muß, je klarer sich die Bewußtseinsvorgänge abspielen, von denen sie bedingt ist; 2. daß die Politik die Verantwortung für sich selber nicht in das Gebiet des politisch Unbewußten abschieben darf, dem sie durch ihr Bewußtsein in schroffer Gegensätzlichkeit gegenübersteht. Genau so schroff gegenübersteht wie der schöpferische Wille dem trägen Stoff oder der bewußtlosen Bewegung, wie der Arzt der Seuche, wie der Techniker der Materie. So wenig sich notwendige Maßregeln zum Schutze der Gesundheit von selber finden, so wenig ein Tunnel sich selber bohrt, und eine Brücke sich selber schlägt, kommt auch die Politik etwa von selber aus den Verhältnissen heraus. Diese Verhältnisse müssen erst in das Bewußtsein des Menschen gelangen, sie müssen zur Vorstellung von Gemeinwesen in Beziehung gebracht, und schließlich muß diese bloß vorgestellte Beziehung durch die Tat zur Wirklichkeit werden. So entsteht Politik als ein Triumph des menschlichen Bewußtseins über das stumpfe, bewußtlose, vegetative Dasein, über den Widerstand der Materie und über die Tücke des Objekts. Die heutigen Zeiten zeigen uns am besten, was unbewußte Politik zu treiben bedeutet.

Die Ausstellungen zum Parteitag in Leipzig

Anläßlich des Parteitages in Leipzig waren verschiedene kleine Säle und Hallen des Leipziger Volkshauses in wirkungsvolle Ausstellungsräume umgewandelt. Von zirka acht verschiedenen Ausstellungen seien einige davon kurz aufgerissen. Im Gartensaal war eine kleine Ausstellung von Originalplakaten und -fahnen aus der 48er Revolution arrangiert worden. Nur selten bekommt man in Reproduktionen diese Plakate und Aufrufe zu sehen, die diese Zeit in ihrer vollen Energiegeladenheit wieder aufleben lassen. Lebendig wird das Geschehen dieser Tage durch die ausgestellten Maueranschläge. Kennt man durch Studium die 48er Bewegung, so verläßt man die Ausstellung mit innerem Gewinn. Zwei alte verschlossene Fahnen in der Mitte der hüfensförmig arrangierten Ausstellung krönen würdig diese Dokumentenschau.

Aus dieser glut- und blutvollen Zeit schwingen die Klänge hinüber in die Wanderausstellung der Internationalen Politischen Antiquariate, die gegenwärtig noch Eigentum des Hamburger Parteilgeschäfts, jedenfalls Reichseinrichtung der Partei werden wird. Eine einzigartige Sammelstelle von politischen Schriften der sozialistischen Bewegung tut sich auf. Wer wissenschaftlich forschen will, wird durch diese Antiquariate am besten bedient. Gegen 2000 Schriften sind hier vereint und geben Beweis, was vom ersten Empörungsschrei zur Gedankenarbeit, Formulierung sozialistischer Erkenntnis und zum gewaltigen Aufstieg der Arbeiterklasse führte. In 21 Gruppen ist die Ausstellung gegliedert. Von Raritäten und Reliquien sozialistischen Schrifttums bis zum neuesten Standardwerk spiegelt sich ein Stück Weltgeschichte wider, das in tausenden Bausteinen den zähen und stolzen Kampf von Masse und Führer aufzeigt und siegesfroh in die Zukunft weist. Hier kann man schon an Hand des sichtbaren Schrifttums die Entwicklungsphasen des Befreiungskampfes blitzartig erfahren. Von Spartakus und den Freiheitsideen der Vergangenheit über den Bandenkrieg, der französischen Revolution und Chartistenbewegung, führt der Weg zu den großen Utopisten St. Simon, Fourier, Owen, Proudhon. Von der Utopie gehts zur Wissenschaft — Marx und Engels. Die besten Interpreten — (Kautzky) folgen. Lassalle, Bebel und Liebknecht, die Wegbereiter praktischer politischer Betätigung folgen. Das Sozialistengesetz mit allen Begleiterscheinungen erstet in voller Bedeutung. Weltkriegsliteratur, Revolution und der Kampf um die Republik, weiter der Kapp-Putsch schließen an. Daneben läuft die gesamte Internationale Literatur in aufsteigender Linie. Die Gewerkschafts- und Genossenschaftsliteratur, Frauenfrage, die Jugendliteratur, die Presse und alle brennenden Gegenwartsfragen von nationalem und internationalem Ausmaß künden in Broschüren und Büchern von der gewaltigen Freiheits-

melodie, die durch Jahrtausende hindurch zur ungeheuren, glatvollen Symphonie answoll, und in den angeschlossenen Werken der Freiheitsänger Heine, Blos, Henkel, Herwegh, Holz usw. eine hellklingende Begleitung findet.

Es war ein Genuß und eine freudige Stunde, durch diese Ausstellung zu wandeln, die von glücklich geführter Hand in klaren und verständlichen Beschriftungen der Ausstellungsstücke, Vergangenheit und Gegenwart zielsicher verband, und zu manchem Kauf anregte.

Man öffnet nicht ungestraft die Gräber der Vergangenheit. Man wird sich dieser Worte bewußt, wenn man die Werbeabteilung des Parteivorstandes „Wo bleibt der zweite Mann“, betritt. Steigt man hinunter in diese Ausstellung, nachdem man die der Internationalen Politischen Antiquariate, freudig bewegt über das sichtbare Wachstum der Bewegung, verlassen hat, so ruckt und zuckt das mahnende Gewissen, ob jeder einzelne, der sich stolz zur Sozialdemokratie rechnet, auch alles getan hat und tut, damit der Endsieg näher rückt. Da muß sich jeder sagen — nein! Aber mit diesem Werbematerial, das der Parteivorstand in dieser Ausstellung den Genossen in die Hand gibt, kann jeder zum Werber werden. Mit diesem Material kann und muß jeder Genosse als dienendes Glied am Ganzen wirken. Wo bleibt der zweite Mann? Diese Frage muß mit der Tat beantwortet werden. Unermüdetlich werden. Jeder neue Genosse bringt uns dem Ziele näher. Diese Ausstellung selbst war musterhaft aufgebaut und zwang die Besucher in ihren nachwirkenden Bann.

Und nun hinüber in die freundlichen Kolonnaden des Volkshausgartens, in denen die Reichsgemeinschaft der Kinderfreude unter der Parole „Freie Bahn den Kinderfreunden“ den Beweis für Arbeitswillen, Gemeinschaftsleben und klassenbewußte Erziehung erbringt. In übersichtlichen Statistiken wird die unermüdete Kleinarbeit aufgezeigt. Und der Erfolg — die roten Falken, die blauen Kutteln. Sie sind die Jüngsten der Partei, die mit ihren jugendlichen Enthusiasmus in die Partei aufsteigenden Rhythmus bringt. Praktische Arbeiten, Modelle von Zelllagern und kleinen Heimplastiken und -aufbauten bringen die ganze Bewegung in greifbare Nähe. Einige große Bilder von eindringlicher Gestaltung umrahmen das große Erziehungswerk der Kinderfreunde. Eine große Anzahl Photos, manche von geradezu künstlerischem Ausklang, in denen das Sonnenlicht

flimmert, runden diese Ausstellung ab. Diese Ausstellung der Jugend tönt nach.

Zusammenfassend. Auf dem Parteitag ging es ernst zu, oft platzten die Geister, von Verstand und Gefühl geleitet, aufeinander — ein Bild, wie es die drei erstgenannten Ausstellungen widerspiegeln — Kampfbewußtsein, Kampfstimmung und klare, nüchterne, wissenschaftliche Erkenntnis, aus denen sich das Beste herauskristallisieren soll und wird.

Aber an einem der heißesten Tage auf dem Parteitag kam Paul Löbe mit einem Riesenstrauß blauer Kornblumen und verteilte dieselben unter die Delegierten. Ein schönes, versöhnliches Bild. Und wie diese blauen Blumen wohl in den meisten Delegierten eine sonderbare glückliche Minute heraufbeschwor — so stand inmitten dieser kampffreudigen, kampfbeseelten und ernsthaft propagierenden Ausstellungen wie eine blaue Blume die Ausstellung der Kinderfreunde.

Der kühle, nüchterne Verstand und Kopf des Alters, und das Gefühl und Herz der Jugend — beide glücklich vereint, sich gegenseitig ergänzend, werden die kommenden Dinge meistern.

G. K.

Ortsbericht

Weimar. Die graphischen Verbände Weimars haben am 12. Juni in einer stark besuchten Versammlung nach einem Referat von Gauleiter Machner (Buchbinder) Stellung genommen zu den Tagesfragen der Gegenwart und kamen unter ausdrücklicher Betonung und Forderung geschlossenen Handelns und solidarischen Verbundenseins zu folgendem Ergebnis: Der durch staatlichen Zwang und Unternehmerterror rücksichtslos durchgeführte Gehalts- und Lohnabbau hat nachweisbar die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nicht zu bessern und die Arbeitslosigkeit nicht abzumildern vermocht. Im Gegenteil: die Wirtschaftslage hat sich mit der ersten Gehalts- und Lohnabbauwelle noch katastrophaler gestaltet und die Finanzen des Staates völlig durcheinander gebracht. Trotz des offen zutage liegenden Mißerfolges, durch Gehalts- und Lohnkürzungen die Wirtschaft wieder anzukurbeln, verlangen die Unternehmer einen weiteren und schärferen Lohnabbau sowie die Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. Und die Reichsregierung ist willig diesem Verlangen nachgegeben. Sie hat außerdem in der neuen Notverordnung allen Arbeit-

den neue steuerliche Lasten auferlegt, den Arbeitslosen, Kriegssopfern und Rentenempfängern ihre sowieso schon fargen Bezüge gekürzt. Diese Eisenbarrikade muß zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und damit der Finanzen und des Staates überhaupt führen. Die graphische Arbeiterschaft Weimars verlangt daher die Aufhebung der Notverordnung in dieser Form. An ihre Stelle muß treten eine schärfere Belastung aller Besitzenden, die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Volksmassen und die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungs- und tragbarem Lohnausgleich zwecks Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Mit der übrigen Arbeiterschaft sagt die graphische Arbeiterschaft Weimars allen Bestrebungen auf weiteren Lohnabbau und der Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung schärfsten Kampf an. Sie wird in diesem Kampf auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken.

Riesenaufwand für Reklame

Die Zeitungsanzeige hat ihren 300. Geburtstag gefeiert. Im Jahre 1631 soll die erste Anzeige in einer deutschen Zeitung erschienen sein. Welchen Aufschwung das Inseratenwesen in den 300 Jahren genommen hat, ist bekannt. In den Vereinigten Staaten hat man 1927 5400 Millionen Mark für Reklame ausgegeben. Der amerikanische Zeitungsverlegerverband stellte 1925 fest, daß in USA. 185 Firmen einen jährlichen Reklameaufwand von 100 000 Dollar und darüber trieben. Zwei große Automobilfabriken gaben 2,5 bzw. 2 Millionen Dollar für Reklame aus, eine Seifen- und eine Tabakfabrik je 1,7 Millionen. Für England nicht zu bessern und die Arbeitslosigkeit liarden Mark an. In Deutschland wird die Ausgabe für unmittlere Reklame in Druck und Schrift mit rund 1 Milliarde Mark angenommen. Das kleine Österreich gibt 60 bis 70 Millionen Schilling für Reklame aus. Die Reklame ist also zum unentbehrlichen Faktor der Absatzwirtschaft geworden. Riesenhafte Summen werden alljährlich dazu gebraucht, um die ungeheuren Warenberge, die die kapitalistische Wirtschaft dem Verbraucher zur Verfügung stellt, absetzen zu können. Wir glauben, daß der Reklameaufwand geringer sein könnte, wenn das Masseneinkommen höher wäre. Bei erhöhter Kaufkraft ist das Animieren zum Kaufen weniger notwendig, als wenn dem großen Warenangebot eine geringere Nachfrage gegenübersteht.

Den Toten zum Gedächtnis!

1931.

† Am 16. Mai in Leipzig Ernst Werner, Lithograph aus Leipzig, 64 J. alt, an Darmtuberkulose, krank 1 J. und 9 M. — Eingetr. in Leipzig am 6. Juni 1919.

† Am 21. Mai in Nürnberg Friedrich Hammelsbacher, Steindrucker aus Bayreuth, 73 J. alt, an Herzlähmung, Invalide seit 1. Juli 1928. — Eingetr. in Nürnberg am 1. September 1882.

† Am 22. Mai in Düren i. Rhld. Johann Bongartz, Steindrucker aus Düren i. Rhld., 63 J. alt, an Lungen- und Rippenfellentzündung, krank 17 W. und 2 T. — Eingetr. in Düren i. Rhld. am 25. Mai 1902.

† Am 24. Mai in Magdeburg Julius Schuchardt, Steindrucker aus Altleben a. d. S., 61 J. alt, an Herzmuskelschwäche, Invalide seit 14. September 1930. — Eingetr. in Magdeburg am 4. Juli 1891.

† Am 24. Mai in Selb i. B. Heinrich Kinzl, Steindrucker aus Wien, 51 J. alt, an Bleivergiftung, krank 8 T. — Eingetr. in Selb i. B. am 23. Mai 1920 (vorher Mitglied im Verband der Porzellanarbeiter seit 3. November 1919).

† Am 24. Mai in München Bernhard Höllriegel Chemigraph aus München, 65 J. alt, an Arterienverkalkung, krank 2 J. und 2 M. — Eingetreten in München am 11. März 1928 (vorher Mitglied im Verband der graphischen Hilfsarbeiter Deutschlands seit 28. Dezember 1904).

† Am 25. Mai in Leipzig Friedemann Tröger, Lithograph aus Schwarzenberg i. Sa., 65 J. alt, plötzlich an Gehirnschlag. — Eingetr. in Leipzig am 1. Februar 1925.

† Am 27. Mai in Lahr i. B., Paul Schwarz, Steinschleifer aus Schweibach Amt Offenburg, 65 J. alt, an Altersschwäche, Invalide seit 20. Mai 1915. — Eingetr. in Lahr i. B. am 9. Juni 1901.

† Am 28. Mai in Mainz Joseph Lechner, Steindrucker aus Hochheim a. M., 45 J. alt, an Herzleiden, krank 8 W. und 3 T. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 16. Mai 1920.

† Am 1. Juni in Essen a. d. R. Adam Adrian, Steindrucker aus Essen a. d. R., 45 J. alt, an Blutgefäßverstopfung und Herzschwäche, krank 14 W. — Eingetr. in Essen a. d. R. am 2. Oktober 1927.

† Am 5. Juni in Leipzig Franz Kühn, Steindrucker aus Leipzig, 73 J. alt, an Magenkrebs, Invalide seit 24. Mai 1928. — Eingetr. in Leipzig am 1. Juli 1891.

† Am 5. Juni in Leipzig Ernst Hauptvogel, Notenstecher aus Leipzig, 69 J. alt, an Gehirnverweichung, Invalide seit 11. Juli 1926. — Eingetr. in Leipzig am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenstecher-Gehilfenverband seit 18. April 1881).

† Am 12. Juni in Leipzig Paul Bergmann, Lithograph aus Barmen, 65 J. alt, an Zuckerkrankheit, Invalide seit 12. April 1931. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 15. Oktober 1888.

† Am 15. Juni in Leipzig Hermann Lehmann, Lithograph aus Leipzig, 68 J. alt, an Herzmuskelschwäche, Invalide seit 25. November 1928. — Eingetr. in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 16. Juni in Würzburg Andreas Schulz, Steindrucker aus Höchberg, 73 J. alt, an Herzasthma, Invalide seit 28. Dezember 1913. — Eingetr. in Würzburg am 1. Januar 1893.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wollen man uns auch gleich deren Personallen (Rufnamen, Geburts- und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität
Ia Auswaschlösung Zinkätzsais D. R. P.
Entsäuerungspulver, Schleifkugeln
 sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck
Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36 Wiener Straße Nr. 50
 Tel. F. 8 Oberbaum 22 21

FACHLITERATUR!
 Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders.
 Preis inklusive Nachnahme 1.10 RM.
 Das Tauschieren und Atzen der Metalle
 von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive
 Nachnahme 1.60 RM.
 Zu beziehen durch: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.